

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/004

Chronik vom 15. Februar 1946 bis zum 24. März 1946

15.02.1946

WBZ: In Augsburg trifft am 15. Februar 1946 ein tschechischer Vertreibungstransport aus Freudenthal ein. Unter den 595 Personen sind nur 50 arbeitsfähige Männer (x004/120).

Der Ausschuß für das deutsche Flüchtlingswesen fordert die US-Militärregierung am 15. Februar 1946 auf, Transporte, die gegen die Vereinbarungen vom 8./9. Januar 1946 verstoßen, nicht zu übernehmen (x004/120): >>Nach übereinstimmenden Mitteilungen ist bei fast jedem Flüchtlingstransport festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden. ...<<

Die ostdeutschen Landsmannschaften und die "Notgemeinschaft der Ostdeutschen" gründen am 15. Februar 1946 in Hamburg die "Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlinge e.V."

Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Februar 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/35): >>In Göttingen ist ein evangelisches Hilfskrankenhaus auf dem sog. "Rohns" eingerichtet worden, das zunächst nur von Friedland belegt werden darf. In dieses ehemalige Restaurant läßt der Lagerarzt diejenigen einweisen, ... deren Kraft am Ende ist oder die der Todeshauch bereits streifte.

Bis zum 15. Februar 1946 starben von 508 aus Friedland eingelieferten Personen 99 Frauen und Männer. ... Dazu kommen viele Tote in den anderen Göttinger Krankenanstalten und Heimatkliniken. Das große Sterben hat immer noch nicht aufgehört. ...<<

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Februar 1946 (x111/137): >>Nach Frankreich 260.000 t, nach Belgien 185.000 t, in die Niederlande 129.000 t, nach Dänemark 129.000 t, nach Norwegen 60.000 t und nach Luxemburg 96.000 t.<<

CSR: Regierungsbeschluß vom 15. Februar 1946 über die Aussiedlung deutscher Antifaschisten aus der tschechoslowakischen Republik in die russische und nordamerikanische Zone Deutschlands (x004/352-354): >>Zu dem Zweck, den Okkupationsorganen in Deutschland eine wirksame Unterstützung bei der Bildung demokratischer Verhältnisse in Deutschland mit Hilfe der in der CSR befindlichen Personen deutscher Nationalität antifaschistischer Gesin-

nung zu gewähren, beschließt die Regierung der CSR:

Art. 1 Personen deutscher Nationalität antifaschistischer Gesinnung werden zu den in diesem Beschluß erwähnten Bedingungen von der allgemeinen Evakuierung der Deutschen aus den Gebieten der tschechoslowakischen Republik ausgenommen und können im Rahmen einer besonders organisierten Aktion in die russische oder amerikanische Zone auswandern. ...

Art. 3 Besitzabfertigung:

Die deutschen Antifaschisten, denen das Innenministerium die Aussiedlungsbewilligung erteilt hat, können, soweit es die Transportverhältnisse zulassen, ihr bewegliches Eigentum einschließlich Möbel, Radioapparate, Fahrräder, Schreib- und Nähmaschinen, sowie Geräte, die zur Ausübung des Berufes ... notwendig sind, mitnehmen.

Die aus der Emigration zurückgekehrten Antifaschisten können außer dem Besitz, der ihnen in der CSR vor dem Abgang gehört hat, auch jene beweglichen Sachen mitnehmen, die sie aus der Emigration mitgebracht haben. ...

Durchaus unzulässig ist die Mitnahme jenes beweglichen Besitzes, dessen Verzeichnis in den Ausfuhrrichtlinien enthalten ist ...

Art. 4 Durchführung des Transportes:

Der Transport wird per Bahn oder auf dem Wasser durchgeführt. ...

Jeder Zugtransport wird etwa 200 Personen enthalten. ... Die Personen werden in Personenzugwagen, ihr Besitz in geschlossenen Güterwagen befördert. ... Dabei soll ein Güterwagen annähernd für die Übersiedlung des Besitzes von 4 Familien dienen. ...<<

16.02.1946

Berlin: Der Berliner Oberbürgermeister Arthur Werner ruft 16. Februar 1946 die Bevölkerung zur Selbsthilfe auf (x111/137): >>... Kein Quadratmeter landwirtschaftlich oder gärtnerisch nutzbaren Landes darf brach liegenbleiben!<<

WBZ: In Würzburg kommt am 16. Februar 1946 ein tschechischer Vertreibungstransport aus Marienbad an. Unter den 1.295 Personen sind nur 70 arbeitsfähige Männer (x004/120).

17.02.1946

WBZ: In Bayreuth trifft am 17. Februar 1946 ein tschechischer Vertreibungstransport aus Mährisch Gronau ein. Unter den 1.200 Personen sind nur 80 arbeitsfähige Männer (x004/120).

18.02.1946

WBZ: Der deutsche Schriftsteller Wolfgang Langhoff berichtet am 18. Februar 1946 über die damaligen Lebensverhältnisse in Düsseldorf (x111/138): >>... Verschiedene Kinos lassen alte deutsche Filme laufen; Cafés und kleine Restaurants sind zwischen den Ruinen eröffnet.

Auf den Straßen wimmelt es von Menschen, die ihrem Beruf nachgehen, alle mit etwas bleichen und verschlossenen Gesichtern und ziemlich reduzierter Kleidung, aber keine Lumpen. ... Es sieht alles ein wenig nach verschämter Armut aus ...

In ganz zerfallenen Häusern haben sich einige Zimmer oder Etagen erhalten, die bewohnt sind. Ofenrohre ragen wie Kanonen aus leeren Fensterhöhlen und verraten durch den Rauch, daß in dieser Trümmerstätte Menschen hausen. ...

Die Autofahrer beschwerten sich oft, daß tollkühne Stummelsucher sich mitten auf die Fahrbahn stürzen, wenn aus einem Militärwagen so ein Stummel (Zigarettenstummel) fliegt.<<

19.02.1946

WBZ: Das "Schweizer Hilfswerk" verteilt am 19. Februar 1946 im Saarland erstmalig Speisen an hungernde Schulkinder.

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 19. Februar 1946 einen Runderlaß betreffend Maßnahmen gegen die Verwüstungen von Arbeitsstätten innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete (x003/113): >>Es kommen zahlreiche Fälle vor, daß Ansiedler (vorwiegend Umsiedler aus Zentralpolen) nach kurzem Aufenthalt in den Wiedergewonnenen Gebieten an ihre alten Wohnorte zurückkehren, willkürlich die ihnen zur

Benutzung überlassenen Wohnungen, landwirtschaftlichen Höfe und Werkstätten verlassen und dabei das übernommene oder ohne Schutz zurückgelassene staatliche Vermögen verwüsten, wegführen oder veräußern.

Wie in zahlreichen Fällen festgestellt wurde, kommt ein gewisser Teil der ... Ansiedler schon mit dieser Absicht in die Wiedergewonnenen Gebiete in der Hoffnung, straflos auszugehen.

Um solche Fälle in Zukunft zu unterbinden, ordne ich folgendes an:

Die Ansiedlungsorgane sind verpflichtet, solche Fälle aufzudecken und sie unverzüglich den Delegaten der Sonderkommission zur Bekämpfung von Mißständen und Schädigungen der Wirtschaft oder der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. ...

Um derart schädlichen Vorfällen erfolgreich entgegenzuwirken, sind die Wojewodschafts- und Kreis-Bodenämter, die lokalen Organe der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung sowie andere Behörden und Amtsstellen zur Beteiligung an dieser Aktion heranzuziehen. ...<<

CSR: Am 19. Februar 1946 wird der Ausweisungsbescheid für die Sudetendeutschen in Radischen, Kreis Kaplitz, verkündet (x004/337): >>... Sie sind zum Transfer in Ihre Heimat (d.h. heim ins Reich) bestimmt worden und werden am 21.02.46 um 10 Uhr in die Sammelstelle in Kaplitz abtransportiert.

Zum Mitnehmen sind: 2 Decken, 4 Wäschegarnituren, 2 gute Arbeitsanzüge, 2 Paar gute Arbeitsschuhe, 1 guter Arbeitsmantel, 1 Eßschale, 1 Tasse und ein Eßbesteck, 2 Handtücher und Seife, Nähzeug, Lebensmittelkarten und die amtlichen Personalausweise und Dokumente.

... Alle ihre Sachen dürfen das Gesamtgewicht von 50 kg pro Person nicht überschreiten.

Sämtlicher Schmuck, Wertgegenstände, Geld und Einlagebücher schreiben sie auf und geben sie in einem Sack, mit ihrem Namen und der Anschrift, an dem Ort der Zusammenkunft ab.

Bei dem Verlassen Ihrer Wohnung sind sie verpflichtet, alle Eingänge zu den Wohnungs- oder Betriebsräumen zuzusperren, die Schlüssel mit einem Kartonschild mit Ihrem Namen und Anschrift zu versehen und am Ort der Zusammenkunft abzugeben.

Die Schlüssellöcher müssen mit dem beigelegten Papierstreifen überklebt werden, so daß die Türen ohne Beschädigung der Streifen nicht geöffnet werden können. Auf den Streifen unterschreibt ... der Haushaltsvorstand eigenhändig.

Es wird dringendst darauf hingewiesen, daß nichts von ihrem Eigentum verkauft, verschenkt, geborgt oder sonstwie veräußert werden darf.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnung wird bestraft.

ACHTUNG! Dieser Brief ist zur Sammelstelle nach Kaplitz mitzubringen.<<

Die österreichische Schriftstellerin Ilse Tielsch (1929 in Auspitz/Sudetenland geboren) schreibt später über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x035/304-306): >>... Sie liefen, rannten, packten die unsinnigsten Dinge zusammen, rafften Wäsche aus Schubladen, schnürten sie zu Bündeln, ließen Wichtiges liegen, steckten Unwichtiges in Rucksäcke, Koffer, Handtaschen, dachten nicht daran, daß sie ein zweites Paar Schuhe, eine wärmere Jacke, ein Kopfkissen für die Kinder brauchen würden, waren verwirrt, fassungslos, zu Tode erschrocken, stopften Kochtöpfe in Kinderwagen, konnten es nicht fassen, nicht glauben, nicht begreifen, dachten, sie gingen nur für kurze Zeit, würden zurückkehren, einen Teil des Zurückgelassenen wiederfinden, versteckten Schmuckstücke hinter Dachsparren, wickelten Kleinkinder in Decken, banden ihnen Kopftücher um die kleinen Köpfe, fanden keine Zeit zu trösten, Tränen zu trocknen, standen auf der Straße, liefen wieder zurück, doch noch ein Schmuckstück, ein Dokument, ein Fläschchen Milch für das kleinste Kind zu holen, steckten ein Stück Brot in die Tasche, sperrten Häuser und Wohnungen ab oder ließen die Türen offenstehen.

Manche von ihnen fing man auf der Straße ein, jagte sie zu den anderen, die man schon zusammengetrieben hatte, erlaubte ihnen nicht, noch einen Mantel, ein Tuch, eine warme Decke zu holen, nach ihren Angehörigen zu suchen.

Man trieb sie wie Vieh über die Straßen, der Grenze entgegen, die Alten und Schwachen brachen unterwegs zusammen, krepitierten wie Tiere, wurden später verscharrt oder auf Haufen geworfen, mit Benzin übergossen, angezündet und verbrannt.

In den Dörfern setzte man Fremde in die Bauernhöfe, ließ die ehemaligen Besitzer die Arbeit von Knechten verrichten, solange man sie brauchte, steckte sie dann in Lager, pferchte sie in Ställe, man schleppte sie in Keller, folterte sie, quälte und erniedrigte sie auf jede nur denkbare Weise, man ließ sie auf den Knien über Glasscherben kriechen, man schlug sie wie Ungeziefer tot, ertränkte sie in Löschteichen, kennzeichnete jene, die am Leben bleiben durften, mit weißen Armbinden, auf die ein schwarzes N gedruckt war, N, das hieß Nemeč, also Deutscher, es war das Letzte, das Niedrigste, was man sein konnte.

Manchen gelang die Flucht aus Lagern, Gefängnissen, sie krochen wie Tiere über die Grenzen, manche nahmen sich das Leben, manche banden Alte und Kinder an sich fest und sprangen in Flüsse, das Wasser riß die Menschenbündel mit sich fort, spülte sie irgendwo an Land, wo sie liegenblieben, bis sich einer erbarmte und sie begrub.

Andere brachte man später zu Bahnhöfen, stopfte sie in Güterwaggons oder in offene Kohlewaggons, in denen sie aneinandergedepfercht standen, schob sie über die Grenzen nach Österreich oder gleich nach Deutschland ab, "heim ins Reich", sagte man ihnen, das hätten sie immer gewollt, dort gehörten sie hin.

Aber auch einzelne, in kleinen, elenden Gruppen, zogen sie über die Straßen, winzige Reste ihrer Habe in Bündeln, Rucksäcken, Koffern tragend, auf klapprigen Wägelchen hinter sich herziehend, in Kinderwagen gestopft.

Manchen von ihnen hatte ein barmherziger Nachbar, ein Freund, zu gehen geraten, ehe die anderen, die vielen gingen, zum Gehen gezwungen würden. Oft war es eine gute Tat, ein Freundesdienst, eine Hilfe in der Not gewesen, die jetzt durch einen guten Rat, durch die heimliche Aufforderung zum raschen Weggehen vergolten wurde.

Sie schleppten sich über die Grenzen, hockten, lagerten auf den Feldern, wußten nicht, wohin sie sich wenden sollten, sahen von weitem aus wie traurige Riesenvögel, zogen dann weiter, bettelten um Unterkünfte, um ein Nachtlager im Stroh, in einer Scheune, in einem leerstehenden Stall, in irgendwelchen Winkeln, die vor dem Regen, vor der Kälte der Nächte schützen konnten.

Sie arbeiteten für einige Kartoffeln auf fremden Feldern, viele trugen ihre unterwegs verstorbenen Säuglinge, Kleinkinder mit, um sie auf fremden Dorffriedhöfen zu begraben, ... viele brachten ihre alten, halbtoten Eltern nur noch zum Sterben jenseits der Grenzen mit. Unzählige verreckten an Typhus, an der Ruhr, die sie dann auch in die Grenzgebiete einschleppten.

Tragödien, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder, in vielen grausamen Varianten ereignet haben? Diesmal war es anders, diesmal war es mehr. Zwei Völker verschiedener Muttersprache hatten sehr lange Zeit hindurch in einem Land gelebt, das beiden Heimat gewesen war. Nun hatte ein Volk das andere aus dieser gemeinsamen Heimat verjagt, entschlossen, es für immer daraus zu verstoßen.

Diesmal bestand keine Möglichkeit mehr, nach überstandenen Kriegsgreueln, nach überwundenen Schrecken, gemeinsam mit- oder wenigstens nebeneinander das verwüstete Land in Ordnung zu bringen, die Häuser neu aufzubauen, die Toten zu begraben, eine neue Ordnung zu schaffen. ...<<

20.02.1946

Ostdeutschland: Im Rahmen der sog. "Operation Schwalbe" werden am 20. Februar 1946 die ersten Vertriebenen in die britische Zone verfrachtet.

Bis Mitte 1947 transportiert man rund 1.360.000 deutsche Heimatlose mit Güterzügen in den Westen (x039/230).

SBZ: Der 15jährige Kurt N. berichtet am 20. Februar 1946 über die Haftbedingungen im so-

wjetischen Internierungslager Ketschendorf bei Fürstenwalde (x126/61-63): >>... Bevor man mich am 20. Februar ins Lazarett schleppte, verabschiedete ich mich von einem Kölziger Kumpel, als sähen wir uns zum letzten Mal – mit Gruß nach Hause, falls er durchkommen sollte, und der Übergabe meiner Habseligkeiten. ...

In meinem Krankenzimmer sah ich fast nur Eiternde. Im Raum standen aus Holz gezimmerte schmale Pritschen mit je einem apathisch daliegenden Kranken. Die meisten hatten offene, als Folge von Ödemen geplatzte Beine ...

Ein Sanitäter gab mir einen Platz im hinteren Teil des Raumes zwischen 2 Pritschen auf dem Fußboden. Ich überlegte trotz meiner geschundenen Psyche. ... Zuerst ... brauchte ich einen Platz auf den Pritschen, um nicht getreten zu werden. Es klingt makaber, aber meine Aufmerksamkeit galt dem rechten Nebenmann. Ich hatte genug Erfahrung, um einschätzen zu können, daß sein leises Stöhnen nicht mehr lange dauern würde. Noch war es wahrnehmbar. Ich versuchte deswegen, nach dem Dunkelwerden wach zu bleiben, um den Sanis zuvorzukommen und die Platzfrage selbst zu regeln.

Irgendwann war es dann auch so weit, daß der Kamerad neben mir ausgelitten hatte. Ich tauschte den Platz mit ihm. Der Vorzug der Pritsche konnte ihm ohnehin nichts mehr nützen.

...

Durch den Tod des Nebenmannes kam ich unverhofft zu seinem letzten Brot, das am Kopfen- de lag, sowie zu seinen Schuhen, weil meine eigenen mir erst bei der letzten Entlausung weg- gekommen waren und ich immer Angst davor hatte, nur meine selbstgebaute Pantinen an den Füßen zu tragen, wenn es einmal auf (den) Transport gehen sollte.

Ich habe oft darüber nachgedacht, ob mein Umgang mit dem toten Kameraden richtig war. Eine Antwort konnte ich mir nicht geben. Genau ein Jahr danach, im strengen Frost des Fe- bruar 1947, war es in (dem sowjetischen Internierungslager) Jamlitz normal, daß die nachts Verstorbenen morgens unbekleidet auf ihrer Pritsche lagen. So verbesserte der Tod des einen die Chancen der anderen. In Ketschendorf wußten wir, daß die Sanis Goldzähne an die Russen weitergaben und Speck dafür bekamen.

Meine nächtliche Tat blieb unbemerkt. Der Kumpel wurde hinausgetragen und ich behielt meinen Platz, ohne daß die Sanis mitbekamen, wer nun wer war. Es ging sowieso alles na- menlos zu ...<<

WBZ: Während einer Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion im Bergwerk "Monopol Grimberg" bei Unna kommen 418 deutsche Bergleute und 3 Briten ums Leben (x114/1.137).

Vatikan: Papst Pius XII. warnt am 20. Februar 1946 vor dem Vorwurf der Kollektivschuld (x268/44): >>... Es gehen verhängnisvolle Irrtümer um, die einen Menschen für schuldig und verantwortlich erklären nur deshalb, weil er Glied oder Teil irgendeiner Gemeinschaft ist, ohne daß man sich die Mühe nimmt, nachzufragen und nachzuforschen, ob bei ihm wirklich eine persönliche Tat- oder Unterlassungsschuld vorliege.<<

21.02.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher trifft sich am 21. Februar 1946 mit Otto Grotewohl und anderen SPD-Politikern.

Schumacher lehnt damals die Gründung der SED (Verschmelzung von SPD und KPD) ent- schieden ab (x156/25): >>... Eine Einigung beider Parteien ist noch nirgends in der Welt er- folgt, obwohl in anderen Ländern die traditionellen und dogmatischen Spannungen nicht so stark sind wie in Deutschland. Wäre die Einigung möglich, dann wäre sie schon anderswo vorgemacht worden. ...

Die Kommunistische Partei ist unlösbar an eine einzige der Siegermächte, und zwar an Ruß- land als nationalen und imperialistischen Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden.

...

Die politische Lage in der Ostzone ist dauernden Veränderungen unterworfen. Nach einer re-

lativ großen Freiheit beim Aufbau der politischen Organisation hat jetzt eine Periode eines sonst in Deutschland nicht gekannten Zwanges bei der Eroberung der Partei für die Zwecke der Besatzungsmacht eingesetzt. ...

Die Kommunistische Partei ist und bleibt eine Partei der Kader, d.h. eine Partei, die eine rücksichtslose Meinungsdictatur von oben herab verhängt und keine Abweichung duldet. Es steht außer Frage, daß die Kommunistische Partei den Schritt der Vereinigung als eine Tat der Eroberung ansieht. ...

Ich halte die Führung der KP zudem nicht für vertragstreu und bin der Ansicht, daß alle Zusicherungen, die in den vereinbarten "Grundsätzen und Zielen" enthalten sind, nur auf die Erreichung des Vereinigungszieles abgestellt sind. – Der Sozialdemokratismus einer solchen Partei würde sich nicht in seinem Inhalt und in seiner Politik ausdrücken, sondern Aushängeschild für die Realitäten einer fremden Machtpolitik sein. –

Meines Erachtens ist trotz der zahlen- und ideenmäßigen Überlegenheit der SPD das Gesetz des Handelns an die KPD bzw. an die hinter ihr stehende Macht übergegangen. ... Wenn der Zentralausschuß noch weiterhin Schwierigkeiten machen würde, könnte er damit dennoch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Tage des "Zeitgewinns" längst vorüber sind. ...

Wir werden euren Weg verfolgen, wir werden den Weg eines jeden einzelnen von euch verfolgen. Ich hoffe, daß er uns nicht allzuweit auseinanderführt.<<

22.02.1946

UdSSR: Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) berichtet am 22. Februar 1946 aus der US-Botschaft in Moskau über die Ziele der sowjetischen Politik (x111/139): >>... Die Erfordernisse ihrer eigenen vergangenen und gegenwärtigen Position sind es, die die sowjetische Führung dazu zwingen, ein Dogma zu verkünden, nach dem die Außenwelt böse, feindselig und drohend, aber zugleich von einer schleichenden Krankheit befallen und dazu verurteilt ist, von immer stärker werdenden inneren Kräften zerrissen zu werden, bis sie schließlich von der erstarkenden Macht des Sozialismus den Gnadenstoß erhält und einer neuen besseren Welt weicht.<<

23.02.1946

WBZ: Konrad Adenauer (ab 1949 deutscher Bundeskanzler) schreibt am 23. Februar 1946 (x095/40-41): >>... Nach meiner Meinung trägt das deutsche Volk und tragen auch die Bischöfe und der Klerus eine große Schuld an den Vorgängen in den Konzentrationslagern.

Richtig ist, daß nachher vielleicht nicht viel mehr zu machen war. Die Schuld liegt früher. Das deutsche Volk, auch Bischöfe und Klerus zum großen Teil, sind auf die nationalsozialistische Agitation eingegangen. Es hat sich fast widerstandslos, ja zum Teil mit Begeisterung ... gleichschalten lassen. Darin liegt seine Schuld.

Im übrigen hat man aber auch gewußt – wenn man auch die Vorgänge in den Lagern nicht in ihrem ganzen Ausmaße gekannt hat -, daß die persönliche Freiheit, alle Rechtsgrundsätze, mit Füßen getreten wurden, daß in den Konzentrationslagern große Grausamkeiten verübt wurden

...

Ich glaube, daß, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tage öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhüten können. Das ist nicht geschehen und dafür gibt es keine Entschuldigung.

Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gekommen wären, so wäre das kein Schade, im Gegenteil.

Alles das ist nicht geschehen und darum schweigt man am besten. ...<<

25.02.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 25. Februar 1946 über die nordamerikanisch-tschechischen Umsiedlungsverhandlungen (x124/133): >>Die Tsche-

chen drängen nun darauf, alle Deutschen loszuwerden, die sie nicht als Arbeitssklaven gebrauchen können. Sie verlangen, daß wir zusätzliche Auffanglager errichten. ...

Wie sollen wir mit der Lawine ausgeplünderter, hilfsbedürftiger Menschen fertig werden, wenn uns nicht wenigstens Zeit bleibt, sie auf das Land zu verteilen? ...<<

26.02.1946

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat veröffentlicht am 26. Februar 1946 Entnazifizierungsrichtlinien (x116/16-17): >>Anordnung. - Um den Einfluß des Nationalsozialismus und Militarismus in dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben völlig auszumerzen und die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen zu fördern, wird hiermit angeordnet:

1. Es ist ungesetzlich ... nationalsozialistische Parteimitglieder anzustellen oder in ihren Stellungen zu belassen, die mehr als nominell an den Tätigkeiten der NSDAP teilgenommen haben oder die dem Vorhaben der Alliierten feindlich gegenüber stehen. ...

5. Sie sollen durch solche Personen ersetzt werden, die sich durch ihre politischen oder moralischen Eigenschaften als fähig erwiesen haben, zur Entwicklung echter demokratischer Einrichtungen in Deutschland beizutragen.<<

27.02.1946

Berlin: Die "Berliner Zeitung" veröffentlicht am 27. Februar 1946 folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur "REUTERS" (x043/119): >>... General Koenig (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärte, Frankreich bestehe darauf, daß, bevor die zentrale Verwaltung gebildet wird, die westlichen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, wie es im Osten der Fall gewesen sei.

Wenn dies geschehe, werde es nicht nötig sein, seine Erzeugungskapazität zu beschränken. Die Produktion Deutschlands, insbesondere die Kohlenförderung, werde für den Wiederaufbau Deutschlands selbst und der alliierten Länder dienen, während die Produktionsüberschüsse die Bezahlung der Einfuhr fördern würden.

Das Rheinland, das im Laufe der letzten 75 Jahre der Ausgangspunkt der 3 deutschen Angriffskriege gegen Frankreich gewesen sei, müsse auf längere Zeit hinaus militärisch besetzt werden.

"Wenn das Ruhrgebiet in Zukunft nicht einer internationalen Kontrolle unterstellt wird", erklärte Koenig, wird Frankreich die restlose Zerstörung des gesamten Wirtschaftspotentials mit Ausnahme dessen fordern, was für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse Deutschlands gebraucht wird.

Wenn das Ruhrgebiet internationalisiert wird, wünscht Frankreich die Ausnützung der gesamten industriellen Möglichkeit dieses Gebietes für die Bedürfnisse Europas.<<

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 27. Februar 1946 eine Verordnung betreffend die Zusammenarbeit der militärischen und zivilen Behörden sowie der Bevölkerung zwecks Aufrechterhaltung der Sicherheit in den Wiedergewonnenen Gebieten (x003/115-116): >>Um die zivilen Behörden und die Organe der Bürgermiliz und des Sicherheitsapparates bei der ihnen anbefohlenen Aufrechterhaltung der Sicherheit des Landes zu unterstützen, hat der Minister für Nationale Verteidigung durch Befehl vom 3. Dezember 1945 allen Militäreinheiten die sofortige aktive Beteiligung bei der Bekämpfung des Bandentums und bei der Wiederherstellung normaler Sicherheitsverhältnisse innerhalb des Landes befohlen. Im Zusammenhang damit weise ich alle Bezirksbevollmächtigten der Regierung an:

1. sich sofort mit den zuständigen Kommandeuren der Wehrbezirke über die Grundsätze und Art der Zusammenarbeit bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit innerhalb der unterstellten Gebiete zu verständigen; ...

5. alle Fälle von Trunksucht unerbittlich dadurch zu bekämpfen, daß bei jedem Alkoholmißbrauch auf öffentlichen Plätzen ohne Rücksicht auf die gesellschaftliche Stellung der betref-

fenden Person strenge Polizei- und Verwaltungsstrafsanktionen verhängt werden, bei Personen dagegen, die eine öffentliche Stellung bekleiden, sofortige Dienstenthebung erfolgt;

6. die geheimen Brennereien sowie der Schwarzhandel und den illegalen Ausschank von Branntwein durch eine einmalige Mobilisierung aller staatlichen Vollzugsorgane sowie aller politischen und gesellschaftlichen Amtswalter endgültig auszurotten; ...

13. unabhängig davon, die Vorbereitungsarbeiten zur Organisation der Bürgerwehr einzuleiten, welche ... ein Hilfsorgan der Bürgermiliz ist.<<

28.02.1946

Ostdeutschland: Nach amtlichen polnischen Angaben befinden sich am 28. Februar 1946 in den "Wiedergewonnenen Gebieten" erst 2.719.320 Polen, davon sind 992.000 "Autochthone", die teils auf Grund freiwilliger oder erzwungener Option als Angehörige des polnischen Volkes betrachtet werden (x001/119E).

WBZ: In Nürnberg trifft am 28. Februar 1946 ein tschechischer Vertreibungstransport aus Kaplitz ein. Unter den 1.200 Personen sind nur 64 arbeitsfähige Männer (x004/120).

Februar 1946

WBZ: Das IKRK und andere Hilfsorganisationen werden Ende Februar 1946 weiterhin daran gehindert, Hilfsgüter für deutsche Kinder und Kranke in die US-Zone zu bringen (x131/87).

Die britische Militärregierung berichtet im Februar Jahre 1946 über die katastrophale Lage in der britischen Besatzungszone (x114/1.143): >>... Während des Winters haben sich die Lebensbedingungen der Deutschen wegen Mangel an Lebensmitteln und Brennstoff verschlechtert.

Es ist vorstellbar, daß unsere Unterkünfte von einer Menge von Leuten angegriffen werden. Die Unterkünfte und Hauptquartiere werden aber nur von wenigen Leuten besetzt sein, die in diesem Fall wohl versuchen werden, auf die Menge zu schießen oder selbst hergestellte Bomben durch die Fenster hinauszuerwerfen.<<

USA: Der Ökumenische Rat verurteilt im Februar 1946 die UN-Organisation wegen des Ausschlusses der deutschen Vertriebenen und weist auf das Elend und die unsägliche Not der deutschen Vertriebenen hin (x024/217): >>... Die Vorschläge der Potsdamer Konferenz sind nicht ausgeführt worden; vielmehr haben die Umsiedlungsmaßnahmen große Härten, Not und Leid für Millionen Menschen, einschließlich vieler Frauen und Kinder, mit sich gebracht. Krankheit und Tod in erschreckendem Ausmaß sind die Folge. Dieser Zustand ist eine Herausforderung des christlichen Gewissens.<<

01.03.1946

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 1. März 1946 in ihrem Tagebuch über die Funktionärskonferenz der SPD im Berliner Admiralspalast (x111/141): >>... Gewitterschwüle lastet im Raum. Von Minute zu Minute wird die Stimmung gereizter. Schon ehe das Hauptreferat beginnt, gehen am Vorstandstisch Dutzende von Diskussionsmeldungen ein.

Jetzt besteigt Otto Grotewohl das Pult. "Befehlsempfänger", bricht aus einer Ecke der erste Zuruf los. "Geh nach Karlshorst, Otto!" –

Herr Grotewohl läßt sich nicht beirren. "Schädlicher Separatismus ... Die Reaktion auf der Lauer ... Aktivität des Vatikans ... Drohende Rückkehr des Nazitums ...", beschwört er die Folgen einheitsfeindlicher Haltung. –

"Wir wollen keine Zwangsverschmelzung", antwortet es feindselig aus dem Parkett. Getrammel und Zwischenrufe ... "Wir lassen uns nicht vergewaltigen!"

Immer zahlreicher prasseln die Proteste. Immer wütender, immer leidenschaftlicher wie eine Springflut spülen sie über die Worte des Redners. "Verrat ... Betrug ... abtreten ... aufhören ..." Ein paar vereinzelte Zustimmungen verhallen kläglich im allgemeinen Lärm.

"Urabstimmung! Wir fordern Urabstimmung!" schält es sich immer deutlicher aus dem Getö-

se. Hände fliegen in die Höhe. Mit überwältigender Mehrheit wird der Beschluß zur Urabstimmung angenommen.

Irgendwo beginnt einer zu singen: "Brüder zur Sonne, zur Freiheit" ...<<

Der Politiker Erich Gniffke schreibt später über diese SPD-Funktionärskonferenz (x111/141):

>>... Zurufe wie "Keine Unterwerfung!", "Du lügst!" hagelten von allen Seiten.

Die Protestrufe gegen seine Ausführungen wurden immer zahlreicher. Sprechchöre bildeten sich. Auf Trillerpfeifen und Hausschlüsseln wurde ein ohrenbetäubendes Konzert vollführt. ...<<

Polen: Die polnische Regierung beschließt am 1. März 1946 ein Dekret über die Bildung einer Bürgerwehr innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete (x003/119-121): >>... Art. 1. Innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete wird in den ländlichen Gemeinden und kreisgebundenen Städten eine Bürgerwehr (Straz Obywatelska) gebildet.

Art. 2. Zu den Aufgaben der Bürgerwehr gehören:

a) die Zusammenarbeit mit den Organen der Bürgermiliz zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz des öffentlichen Eigentums,

b) die Hilfeleistung und Verteidigung bei einer Bedrohung der persönlichen Sicherheit der Mitbürger oder ihres Vermögens.

Art. 3. Die Bürgerwehr wird vom Starosten im Einvernehmen mit dem Kreiskommandanten der Bürgermiliz auf Antrag der Gemeinde- oder Stadtverwaltung einberufen. Dieselbe Behörde bestimmt die Stärke der Bürgerwehr in den einzelnen Landgemeinden und den kreisgebundenen Städten.

Art. 4. Die Anwärter für den Dienst in der Bürgerwehr werden von der Gemeinde- oder Stadtverwaltung aus den Reihen der volljährigen, in der betreffenden Gemeinde wohnhaften Männer mit gutem Leumund ausgewählt. Der Starost bestimmt nach Begutachtung des Kommandanten der Bürgermiliz unter den vorgeschlagenen Kandidaten die zum Dienst in der Bürgerwehr berufenen Personen. Negative Gutachten des Kreiskommandanten der Bürgermiliz sind bindend.

Art. 5. Der Dienst in der Bürgerwehr ist Pflicht, unentgeltlich und wird nur innerhalb des Gebietes der Gemeinde, in welcher die zum Dienst berufene Person ihren Wohnsitz hat, ausgeübt.

Art. 6 Vom Dienst in der Bürgerwehr sind befreit:

... c) Geistliche und Ordensleute anerkannter Konfessionen, ... e) Männer über 60 Jahre. ...

Art. 7. Die Bürgerwehr untersteht in ihrer Dienstausbübung den zuständigen Kommandanten der Bürgermiliz.

Art. 8. Der Dienst darf wöchentlich nicht mehr als 16 Stunden betragen.

Art. 9. Die Mitglieder der Bürgerwehr sind im Dienst berechtigt, Schußwaffen zu tragen. Vor der Aushändigung der Waffe muß jedes Mitglied der Bürgerwehr einer entsprechenden Schulung unterzogen werden.

Art. 10. Die Mitglieder der Bürgerwehr sind im Dienst berechtigt, verdächtige Personen ... festzunehmen. Festgenommene Personen sind unverzüglich dem nächsten Posten der Bürgermiliz zuzuführen. ...

Art. 12. Von der Waffe darf nur in Fällen der offensichtlichen Notwehr Gebrauch gemacht werden, wenn der beabsichtigte Zweck nicht mit anderen Mitteln zu erreichen ist. ...

Art. 13. Für Vergehen, die im Dienst begangen wurden, unterliegen die Mitglieder der Bürgerwehr den gleichen Straf- und Disziplinarbestimmungen wie Funktionäre der Bürgermiliz.

...

Art. 15. Die Mitglieder der Bürgerwehr genießen im Dienst denselben Rechtsschutz wie die Funktionäre der Bürgermiliz. ...<<

Frankreich: In einem Brief an den nordamerikanischen Botschafter fordert der französische

Außenminister Bidault am 1. März 1946 weiterhin die Zerstückelung Deutschlands (x058/-395-396): >>... Sie haben schließlich ihr volles Verständnis für den Wunsch der französischen Regierung ausgedrückt, sich gegen die Wiederkehr deutscher Aggressionen zu sichern und zu diesem Zweck Abänderungen des territorialen Status der ihrer Grenze benachbarten Gebiete vorgenommen zu sehen.

Die französische Regierung ihrerseits kann, wenn sie in Übereinstimmung mit der amerikanischen Regierung die längere Besetzung Deutschlands als die beste Garantie der Sicherheit betrachtet, nicht übersehen, daß diese Besetzung eines Tages ein Ende nehmen wird.

Sie macht sich bereits jetzt Gedanken über die Vorsichtsmaßnahmen, die zu treffen sind, um zu vermeiden, daß Deutschland, wenn diese Besetzung ein Ende nimmt, wieder eine Bedrohung für den Frieden wird. Es scheint ihr, in Anbetracht des Menschenpotentials dieses Landes, daß die deutsche Gefahr so lange bestehen bleiben wird, wie eine deutsche Regierung, unter der Wirkung eines Nachlassens der internationalen Wachsamkeit, so wie sie zwischen den beiden Weltkriegen eingetreten ist, die Möglichkeit behält, über industrielle Hilfsquellen zu verfügen, die geeignet sind, die Wiederherstellung ihrer militärischen Macht zu sichern.

Die Erfahrung der letzten 25 Jahre hat gezeigt, daß die territorialen Klauseln die letzten sind, welche die revisionistischen Staaten wieder in Frage zu stellen wagen. Diese Klauseln sind es auch, die am leichtesten mit einer wirksamen und präzisen internationalen Garantie zu versehen sind.

Aus diesen Gründen schlägt die französische Regierung vor, daß der Entzug gewisser Gebiete aus dem Bereich der deutschen Souveränität den unwiderruflichen Charakter der auf diese Weise erfolgten Begrenzung der deutschen Möglichkeiten unterstreicht und diese auch tatsächlich unwiderruflich macht. ...

Aus allen diesen Gründen hält die französische Regierung an ihrer Ansicht fest, daß es nicht angebracht ist, daß die Besatzungsmächte, wenn sie eine Politik der Dezentralisierung verfolgen wollen, damit beginnen, verzweigte Verwaltungen mit eigener Entscheidungsgewalt zu schaffen. Sie könnte auf keinen Fall ihre Zustimmung zur Ausdehnung der Zuständigkeit solcher Verwaltungen auf die Gebiete der Ruhr, des Rheinlands oder, noch weniger, der Saar erteilen.

Das soll nicht heißen, daß meine Regierung die Notwendigkeit einer Koordinierung der Bemühungen in den verschiedenen Zonen verkennt. Sie ist jedoch der Ansicht, daß die Rolle der Koordinierung dem Interalliierten Kontrollrat zukommt und das dieser Rat beim augenblicklichen Stand der Dinge allein die Befugnis behalten muß.<<

02.03.1946

Berlin: Während der ersten KPD-Reichskonferenz vom 2. März 1946 kündigt Walter Ulbricht "freie Wahlen" an (x111/142): >>... Wir werden sie so durchführen, daß unter Garantie in allen Städten und Orten eine Arbeitermehrheit zustande kommt.<<

WBZ: In Schweinfurth trifft am 2. März 1946 ein tschechischer Vertreibungstransport aus Znaim ein. Unter den 1.200 Personen sind nur 40 arbeitsfähige Männer (x004/120).

Die "Rheinische Post" berichtet am 2. März 1946 über die schwierige Versorgungslage in der britischen Zone (x114/1.132): >>Feldmarschall Montgomery erstattet der englischen Regierung Bericht und weist auf den Ernst der Ernährungslage hin.<<

04.03.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 4. März 1946 aus München (x124/137): >>In ein paar Tagen tritt das Entnazifizierungsgesetz in Kraft.

Es stellt den Versuch dar, ein ganzes Volk zu kriminalisieren. Jeder volljährige Deutsche muß in der US-Zone den Fragebogen mit 132 Fragen ausfüllen, was bisher nur für Leute galt, die beim Amerikaner in der Verwaltung oder im Geschäftsleben unterkommen wollten. Diese Listen werden von Kommissionen bearbeitet, die Strafen bis zu 10 Jahren Zwangsarbeit und

Vermögensentzug verhängen können.

Die Dragonaden der Religionskriege nehmen sich damit verglichen bescheiden aus. Die Amerikaner rechnen in ihrer Zone mit 1.000.000 Betroffenen.

Das Erbauliche der Prozedur liegt darin, daß wir uns selbst richten müssen. ...<<

05.03.1946

WBZ: Die Besatzungsbehörden verstärken am 5. März 1946 ihre Entnazifizierungsmaßnahmen (Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus").

In dem "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 heißt es (x114/2.141): >>Artikel 1 (1) Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur dauernden Befriedung werden alle, die sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.

(2) Wer verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen. Zugleich wird jedem Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben. ...<<

Die deutsche Bevölkerung wird in Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete aufgeteilt.

In der nordamerikanischen Zone werden später fast 13 Millionen Fragebögen ausgefüllt und geprüft (x092/938). Der Fragebogen enthält 133 Fragen (Lebenslauf, Beruf, politische Vergangenheit usw.) und muß von allen Deutschen, die älter als 18 Jahre sind, ausgefüllt werden.

USA: Churchill weist am 5. März 1946 während seiner Rede in Fulton/Missouri darauf hin, daß die Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete durch den polnischen Staat unrechtmäßig sei, weil die endgültige polnische Westgrenze erst durch einen Friedensvertrag festgelegt werden soll. Polen würde die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens mißachten.

Churchill bedauert damals außerdem erstmalig die Folgen der Austreibung (x156/32): >>... Es ist ein Schatten auf die Erde gefallen, die erst vor kurzem durch den Sieg der Alliierten hell erleuchtet worden ist.

Niemand weiß, was Sowjetrußland und die kommunistische internationale Organisation in der nächsten Zukunft zu tun gedenken oder was für Grenzen ihren expansionistischen und Bekehrungstendenzen gesetzt sind, wenn ihnen überhaupt Grenzen gesetzt sind. ...

Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. ...

Die von Rußland beherrschte polnische Regierung ist ermächtigt worden, sich in unrechtmäßiger Weise und in gewaltigem Ausmaße in deutsche Angelegenheiten einzumischen und Massenausweisungen von Deutschen anzuordnen, wie man sie bisher noch nicht kannte.

Die kommunistischen Parteien, die in allen diesen östlichen Staaten Europas bisher sehr klein waren, sind überall großgezogen worden, sie sind zu unverhältnismäßig hoher Macht gelangt und suchen jetzt überall, die totalitäre Kontrolle an sich zu reißen.

Fast in jedem Fall herrscht eine Polizeiregierung, und bisher ist mit Ausnahme der Tschechoslowakei noch nirgends die Demokratie eingeführt.

Die Türkei und Iran sind beide höchst beunruhigt über die Forderungen, die an sie gestellt werden, und über den Druck, den die Moskauer Regierung auf sie ausübt.

In Berlin haben die Russen den Versuch unternommen, in ihrer Zone die Kommunistische Partei großzuziehen. Wenn die Sowjetregierung jetzt durch eigenmächtige Handlungen versucht, in diesen Gebieten ein kommunistisches Deutschland großzuziehen, dann wird dies in den britischen und amerikanischen Zonen ernste Schwierigkeiten zur Folge haben und die geschlagenen Deutschen in die Lage versetzen, sich den Russen oder den westlichen Demokraten anzubieten. ...

Das ist sicher nicht das befreite Europa, für dessen Aufbau wir gekämpft haben.

Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg will.

Was es will, das sind die Früchte des Krieges und die unbeschränkte Ausdehnung seiner Macht und die Verbreitung seiner Doktrin. Was wir aber heute, solange noch Zeit vorhanden ist, in Erwägung ziehen müssen, das sind die Mittel zur dauernden Verhinderung des Krieges und zur Schaffung von Freiheit und Demokratie in allen Ländern.

Nach dem zu schließen, was ich während des Krieges bei unseren russischen Freunden und Verbündeten gesehen habe, bewundern sie nichts so sehr wie die Kraft und Macht, und nichts verachten sie so sehr wie militärische Schwäche.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Churchills Rede in Fulton/Missouri (x068/271-272): >>... Im Augenblick seines höchsten Triumphes, während der Konferenz in Potsdam, durch eine Wahlniederlage von Labour zur Abdankung gezwungen, reiste der Brite im folgenden Frühjahr als Privatmann in die USA und heizte dort den Kalten Krieg an.

Es geschah in einer Rede am 5. März 1946 im Westminster College von Fulton, einer kleinen Stadt in Missouri, dem Heimatstaat Trumans, der Churchill eingeladen hatte und gemeinsam mit ihm per Bahn angereist war. In seiner Ansprache, in vier Erdteile und mehr als 40 Sprachen verbreitet, warnte der illustre Gast alle Welt "vor den zwei finsternen Mordbrennern ... - dem Krieg und der Tyrannei". Zwar bekundete Churchill "viel Bewunderung für meinen Kriegskameraden Marschall Stalin", zwar glaubte er "nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht. Was sie wünschen, sind die Früchte des Krieges ..."

Doch das war schlimm genug, denn die wünschten auch andere. "Ein eiserner Vorhang hat sich über den Kontinent gesenkt", rief Churchill. Und fiel auch weder hier, wie man oft meint, das Wort vom Eisernen Vorhang zuerst, noch in Churchills vertraulichem Telegramm an Truman vom 12. Mai 1945, sondern im Tagebuch von Hitlers Propagandaminister Goebbels, der es da gegen Kriegsende wiederholt gebraucht - Churchill hat es aufgegriffen und das welt-politische Klima der nächsten Jahre entscheidend beeinflußt, selbstverständlich in Übereinstimmung mit der US-Regierung.

Und verlangte er auch noch keinen "Kreuzzug", längst hatte er gefordert, "den Sozialismus in der Wiege zu ersticken", hatte er den von Labour erstrebten Sozialismus fast mit Kommunismus, ja, ein Leben bereits unter einer Labour-Regierung mit dem Dasein unter der nazistischen Gestapo gleichgesetzt.

Die Fronten waren gewechselt, und es schien, als habe man den Zweiten Weltkrieg nur beendet, um einen Dritten zu beginnen.

Neben Churchill auf dem Podium im Westminster College in Fulton saß seinerzeit US-Präsident Harry Truman. Und hatte dieser gerade, ganz in der Nachfolge seines dahingegangenen Chefs und Parteigenossen, Stalin noch geschätzt, zumindest so getan und geschwärmt: "I like Joe", nun plötzlich war der für ihn der verhaßte "son of a bitch". Und ein halbes Jahr später hatte sich, nach einer neuen Gallup-Umfrage, die Nation umorientiert: statt 55 %, die für Fortsetzung des Bündnisses mit Sowjetrußland plädierten, waren es jetzt nur noch 46, dann 38 %

Die Akzente, die Churchill und Truman mit ihren Reden gesetzt hatten, bestimmten die Amerika-, die Europa-, die Deutschland-Politik, sie veränderten die Welt. Es war auf einmal, als stünde der Dritte Weltkrieg schon vor der Tür. In Wirklichkeit fürchteten die USA nicht einen Krieg mit der Sowjetunion, nicht den "Eisernen Vorhang" oder den internationalen Kommunismus, sondern sie fürchteten - einen Erfolg der russischen Planwirtschaft.

Dies gestand kein anderer als der Präsident der Vereinigten Staaten, Harry Truman, in einer Rede am 6. März 1947 in Texas. Wenn Amerika nicht handle, so sagte er, könne diese Planwirtschaft das Vorbild für das nächste Jahrhundert werden. Die USA müßten dann das gleiche

System praktizieren, das freie Unternehmertum würde verschwinden und damit "unsere Freiheit". Ergo, schloß Truman: "Die ganze Welt sollte das amerikanische System übernehmen, denn das amerikanische System kann nur überleben, wenn es das System der ganzen Welt wird".

Am amerikanischen Wesen soll die Welt genesen.<<

07.03.1946

Berlin: Die "Freie Deutsche Jugend" (FDJ) wird am 7. März 1946 gegründet. Erich Honecker übernimmt den Posten des FDJ-Vorsitzenden.

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 7. März 1946 einen Runderlaß über die Sicherstellung des beweglichen und unbeweglichen Eigentums der repatriierten Deutschen (x003/122-124): >> ... Für die Zeit der Repatriierung der Deutschen aus den Wiedergewonnenen Gebieten wird in jeder städtischen und ländlichen Gemeinde eine Kommission zum Schutze des ehemals deutschen Vermögens gebildet, deren Aufgabe es ist, dieses Vermögen vor Verwüstung, Raub und Zerstörung zu bewahren. ...

§ 4 Zu den Aufgaben der Kommission zum Schutze des Vermögens gehören:

- a) die Sicherstellung der von den Deutschen geräumten Wohnungen, ...
- e) die Sicherung der Magazine und Aufbewahrungsräume, in denen die abtransportierten Sachen deponiert wurden,
- f) die Einrichtung von Tages- und Nachtposten an den einzelnen Objekten sowie die Kontrolle dieser Wachposten, ...

Gemäß der geltenden Gesetzgebung geht das von den repatriierten Deutschen zurückgelassene Vermögen kraft Gesetzes in das Eigentum des Staates über.

§ 5 Die Kommission zum Schutze des Vermögens ist berechtigt, den Organen der Bürgermiliz und anderen öffentlichen Funktionären sowie den zur Zusammenarbeit mit der Kommission berufenen Privatpersonen Anordnungen und Befehle zu erteilen, soweit diese die Sicherstellung des Vermögens bezwecken.

(4) Die Mitglieder der Kommissionen zum Schutze des Vermögens tragen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit am linken Arm eine weiß-rote Binde. ...

§ 9 (1) Der Kreisbevollmächtigte der Regierung benachrichtigt drei Tage vor Beginn der Repatriierung der Deutschen aus der betreffenden Gemeinde die Kommission zum Schutze des Vermögens, wann die Repatriierung erfolgt, welche Deutschen der Repatriierung unterliegen und wo diese Personen wohnen. ...

§ 11 Der Kreisbevollmächtigte der Regierung stellt für die Zeit der Aussiedlung der Deutschen aus der betreffenden Gemeinde der Kommission zum Schutze des Vermögens erforderlichenfalls zur Verfügung:

- a) 80 Prozent der ihm zur Verfügung stehenden Bürgermiliz, mit Ausnahme des Büropersonals,
- b) 50 Prozent der Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung und Selbstverwaltung ...
- c) alle Angestellten des Kreisamtes ...<<

CSR: Das Innenministerium veröffentlicht am 7. März 1946 ein Rundschreiben über die Aussiedlung der deutschen Antifaschisten aus der tschechoslowakischen Republik (x004/352-353): >>>Der Vorgang einiger ONV/OSK (Verwaltungsorganisationen) bei der Auslegung des Begriffes "Antifaschist" im Zusammenhang mit der freiwilligen Aussiedlung nach Deutschland zum Zwecke der politischen Mitarbeit, entspricht nicht den ausgegebenen Richtlinien im besonderen darin, daß die ONV/OSK nur jene Personen als Antifaschisten anerkennen, die sämtliche Bedingungen für die Erhaltung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft nach § 2 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 33/1945 erfüllt haben.

Unter jenen Personen, die sich zum freiwilligen Transport nach Deutschland gemeldet haben, sind viele von denen, welche die Bedingungen für die Erhaltung der tschechoslowakischen

Staatsbürgerschaft nicht erfüllt haben, trotzdem sie Antifaschisten sind.

Mit Rücksicht darauf, daß es sich um Personen handelt, welche sich zur Aussiedlung nach Deutschland gemeldet haben, damit sie dort am Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands arbeiten können, ersuchen wir, daß solchen Personen keine Schwierigkeiten bereitet werden und daß ihnen die Aussiedlung mit ihrem sämtlichen beweglichen Vermögen gestattet wird.<<

08.03.1946

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat erklärt am 8. März 1946 (x111/144): >>1. Deutschland besteht aus dem gegenwärtigen deutschen Gebiet zwischen Oder-Neiße-Linie und den gegenwärtigen Westgrenzen.

2. Im Jahre 1949 wird die Bevölkerung innerhalb dieser Grenzen 66,5 Millionen betragen.

3. Auf ausländischen Märkten werden deutsche Exporte keinen Sonderbestimmungen unterworfen.

4. Deutschland wird in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen als wirtschaftliche Einheit behandelt.<<

Die "Neue Berliner Illustrierte" informiert am 8. März 1946 in einem Bericht, daß man aus schlichten Tüchern moderne Kopfbedeckungen "zaubern" kann.

WBZ: Der bayerische SPD-Politiker Wilhelm Hoegner (1887-1980) erklärt am 8. März 1946 in München vor ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen (x111/144): >>... So wollen wir in diesen Tagen, aber auch Wochen und Jahren nachher, unsere Finger blutig kratzen, bis wir wieder in den Besitz eines anständigen Lebens und einer wirklichen positiven politischen und wirtschaftlichen Freiheit gelangen können.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 8. März 1946 aus München (x124/138-139): >>... Die Flüchtlingskommissare in den Landkreisen haben diktatorische Vollmachten, überflüssigen Wohnraum auszukundschaften und zu beschlagnahmen. Eine Beschwerdeinstanz für ihre Entscheidungen gibt es nicht.

Hinter der Aktion steht nicht nur die Regierung, sondern die Besatzungsmacht, die sich im November 1945 verpflichtet hat, in Übereinstimmung mit den Briten und Russen die 6.500.000 noch in Osteuropa lebenden Deutschen aufzunehmen.

Diese Übereinkunft geht wieder auf das Potsdamer Abkommen zurück, an dem sich die Franzosen nicht beteiligten. Daher lehnt de Gaulle eine Übernahme dieses Kriegserbes für seine Zone ab.

Da die Opfer dieser Manipulation nur Deutsche sind, können die Sieger die Bewältigung dieses Transfers, wie die triste Völkerwanderung beschönigend heißt, zu einer rein deutschen Angelegenheit machen. ...

Abends studierte ich das Entnazifizierungsgesetz, das die Tageszeitung im Wortlaut veröffentlicht. ...

Unsere Regierungen, denen die Durchführung obliegt, sind nicht zu beneiden. Sie müssen nicht nur in ein zerstörtes Land Millionen ausgeplündelter Menschen aufnehmen, sondern gleichzeitig einen Feldzug gegen unsere Vergangenheit führen, für den es in der Geschichte keine Parallele gibt.

Nach US-Schätzungen werden durch das Gesetz 1.000.000 Menschen ihre Existenz und Hunderttausende ihre Habe verlieren.

Uns allen wird ein kollektiver Schuldkomplex injiziert und eine Umwertung aller bisherigen Anschauungen anbefohlen, deren Auswirkungen sich gar nicht absehen lassen.<<

Polen: Die polnische Regierung beschließt am 8. März 1946 ein Dekret über das verlassene und ehemals deutsche Vermögen (x003/126): >>... Art. 1. 1. Verlassenes Vermögen im Sinne dieses Dekrets ist jedes Vermögen (bewegliches und unbewegliches), dessen Eigentümer im Zusammenhang mit dem am 1. September 1939 begonnenen Kriege den Besitz ihres Vermö-

gens verloren und ihn später nicht wieder erlangt haben. ...<<

09.03.1946

WBZ: Die "Nürnberger Nachrichten" berichten am 9. März 1946 (x111/145): >>... Im Anschluß an die Verhaftung des Rüstungsmagnaten Friedrich Flick wurden innerhalb der amerikanischen Zone 33 Direktoren und Aufsichtsräte deutscher Großbanken verhaftet. ...

Der frühere amerikanische Präsident Herbert Hoover wird auf Einladung Präsident Trumans nach Europa fliegen, um festzustellen, wo Lebensmittellieferungen zur Vermeidung einer Hungersnot erforderlich sind.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 9. März 1946 aus München (x124/139-141): >>... Die Kommunisten gelten nicht nur bei den Amerikanern, sondern auch bei unseren Demokraten als besonders zuverlässige Garanten der neuen Ordnung. Waren sie nicht im KZ? Haben sie die Nazis nicht erbittert bekämpft? Ist nicht, wer im KZ war, ... besser als jeder, der nicht hineinkam? Die Logik scheint schlüssig, taugt nur nicht für die Wirklichkeit. ...

Wir fahren nach Allach, einem Industrievorort Münchens von 14.000 Einwohnern. Das erste Barackenlager, das wir besuchten, hatten Russen, die vorher darin hausten, völlig demoliert. Nun leben in den wiederhergestellten Resten Flüchtlinge, die in die umliegenden Fabriken zur Arbeit gehen.

Der Lagerleiter, ein abgehärmte Mann, ... führte uns durch einige Räume. Größtes Elend, verhungerte Gestalten; der Lagerarzt klagte namentlich über die Unterernährung der Kinder. Die Tagesration der Gemeinschaftsverpflegung liegt unter 1.200 Kalorien.

In einer Stube trafen wir eine Sudetendeutsche mit 6 Kindern. Den Mann hatten die Tschechen verschleppt, ebenso hatten sie ihr allen Hausrat bis auf 2 angeschlagene Töpfe weggenommen.

Mir kamen die Insassen wie Verdammte vor. Die Kinder besuchen keine Schule, da dauernd Infektionsfälle vorkommen, die Quarantäne notwendig machen. Die Leute gleichen Schatten; man fragt sich unwillkürlich, ob man diese grausige Szenerie in unmittelbarer Nachbarschaft der einst lebensfreudigsten deutschen Großstadt träumt oder ob es Wirklichkeit ist.

Der US-Journalist war abgebrüht, er drängte weiter. ...

Ein krank aussehender Arzt schloß sich uns an; er sprach ein wenig Englisch. Die Transporte seien sehr unterschiedlich. ... Die Leute hätten ihre besten Sachen an und benähmen sich wie beim Kirchgang. Welche Schwierigkeiten auf sie warten, ahnten nur wenige. "Sie machen sich also Illusionen", bemerkte der Journalist. "Das ist verständlich", erwiderte der Arzt. "Die meisten haben Furchtbares erlebt und sind froh, der Hölle entronnen zu sein.

Außerdem rechnen sie mit keinem Daueraufenthalt. Wenn die Leidenschaften verglüht und die Vernunft wieder eingekehrt ist, hoffen sie auf die Rückkehr. Es gibt auch schrecklich Verelendete in den Transporten; solche, die monatelang in Lagern ohne sanitäre Einrichtungen leben mußten. Diese sind abgerissen, ausgezehrt und voller Läuse." ...<<

Frankreich: General König, der französische Oberkommandierende in Deutschland, schlägt seiner Regierung am 9. März 1946 vor, geeignete Deutsche (mehrheitlich Vertriebene und Kriegsgefangene) in Frankreich anzusiedeln, um dort die Kriegsverluste unter den Franzosen auszugleichen und um die deutsche Bevölkerung zu reduzieren (x153/53).

10.03.1946

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 10. März 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/33): >>10. März 1946: 682.028 Menschen sind bisher durch Friedland "gelaufen", wie es in der Amtssprache heißt.

Seit Anfang des Jahres fährt eine englische Heilsarmeegruppe unter Leitung von Majorin Mitchell, dem "guten Engel" des Lagers, mit einer Kantine jeden Tag an den Schlagbaum nach Besenhausen, um die unendlich Vielen mit Kakao, belegten Broten und Kleidern zu empfan-

gen. Welche Genüsse in unserem ausgehungerten Land.

Im unentgeltlichen Dienst der Nächstenliebe arbeiten auch englische Kriegsdienstverweigerer, heben Gräben für Behelfslatrinen aus, kümmern sich um die Alten und Schwachen, legen Hand an, wo Hilfe fehlt. Ein Vorbild für so manchen Deutschen, der hart die Augen vor der Elendstragödie verschließt, die da vor uns allen abrollt. Wann wird sie zu Ende sein? ...

"Friedland", so sagte Lagerleiter R. Krause, "wird noch lange bestehen bleiben. Das dauert Jahre, bis diese Baracken wieder verschwinden."

Wenn man jetzt Friedland sagt, dann meint jeder das Lager. Von dem Dorf, das den Namen geliehen hat, spricht niemand.<<

Großbritannien: Der "Manchester Guardian" berichtet am 10. März 1946 über die polnischen Vertreibungsmaßnahmen (x028/138-139): >>Trotz der Potsdamer Vereinbarung, wonach die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten geregelt und human vor sich gehen sollte, vertreiben die polnischen Behörden Deutsche aus den neuerdings polnischen Gebieten. Sie kündigen die Ausweisung 10 Minuten vorher an und schicken die Menschen ohne Nahrungsmittel in überfüllten Zügen in die britische Besatzungszone.

Ein 73jähriger Mann und ein Kind von 18 Monaten wurden tot im ersten Transport gefunden, der in Lübeck ... am 3. März ankam. Im zweiten Transport lagen 3 Tote. Im allgemeinen packt man 1.500 Menschen in einen Zug mit 26 Waggons, die ungeheizt und zum größten Teil beschädigt sind. Der 4. Transport brachte aber 2.070 Menschen, so daß die Leute kaum stehen, geschweige denn sitzen konnten.

Die britischen und polnischen Behörden waren übereingekommen, daß die Polen den Ausgewiesenen Rationen für eine Reise von ein bis zwei Tagen mitgeben sollten, aber es wird kaum jemals etwas verteilt.

Im ersten Transport erhielt jede Person ein halbes Brot, im zweiten wurde ein Dreipfundbrot unter 8 Leuten verteilt, dazu ein Pfund Zucker unter sechzig. Im dritten Zug gab es keine Nahrungsmittel, nur heißes Wasser und Tee. Die Rationen sollen nur für die Reise von Stettin nach Lübeck reichen, die 22 Stunden dauert, doch bis zum Sammelpunkt in Stettin sind die Flüchtlinge oft 7 Tage unterwegs, so daß sie schließlich 10 Tage lang keine ordentliche Mahlzeit erhalten. Sie kommen erschöpft und krank in den Durchgangslagern an.

Im ersten Transport waren 350 Menschen krank, von denen 250 in ein Lübecker Krankenhaus geschafft werden mußten. In den späteren Transporten war die Zahl der Kranken noch größer. Die meisten leiden an Krätze, Typhus ist noch nicht aufgetreten.

Im allgemeinen ist ihre körperliche Verfassung schlechter als die der früheren Flüchtlinge aus der russischen Zone, und manche tragen noch die Spuren von Mißhandlung. Die britischen Sanitätsoffiziere haben festgestellt, daß die meisten Frauen vergewaltigt worden sind, darunter ein Kind von 10 Jahren, eines von 16 Jahren. Die meisten Leute sind über 50 Jahre alt, manche in den achtzigern. Es sind Kranke und Krüppel darunter, obwohl Polen und Briten verabredet hatten, daß keine Kranken geschickt werden sollten. Es kommen auffallend wenig junge Leute, die offenbar in Polen zur Zwangsarbeit zurückgehalten werden. ...

Die Verhältnisse haben sich leicht gebessert, seit eine britische Sanitätsschwester in Stettin die Zusammenstellung der Züge überwacht. Wahrscheinlich gibt es jetzt etwas bessere Nahrung; mit DDT-Puder, der aus der britischen Zone kommt, verringert man die Seuchengefahr; und wahrscheinlich wird man die Verschickung der Kranken und der Kinder ohne Begleitung einstellen. Doch bisher ist noch nichts geschehen, um die Behandlung der Flüchtlinge auf der ersten Etappe ihrer Reise, von ihrem Zuhause bis Stettin, zu überwachen.

Man rechnet damit, daß insgesamt im Laufe der nächsten Monate anderthalb Millionen Flüchtlinge ankommen werden, täglich 1.500 mit der Bahn, 1.000 mit Schiffen. Die Zahl aber liegt vermutlich näher an der Zweimillionengrenze. ...<<

11.03.1946

WBZ: Der Regierungspräsident fordert die Landräte und Oberbürgermeister des Ruhrgebietes am 11. März 1946 schriftlich auf, alle Schulen mit Rundfunkgeräten auszustatten (x117/86): >>Die Landräte und Oberbürgermeister sind dafür verantwortlich, daß jede Schule sofort mit wenigstens einem Empfangsgerät versehen wird.

Wenn sich keine andere Möglichkeit der Beschaffung ergibt, sind die Geräte aus Privathäusern zur leihweisen Überlassung an die Schulen zu beschlagnahmen. Die Durchführung dieser Maßnahmen ist den Polizeibehörden zu übertragen. Dabei ist es selbstverständlich, daß für die Beschlagnahme in erster Linie Apparate in Frage kommen, die sich noch im Besitz ehemaliger Nationalsozialisten befinden.

Es sind nur gute Geräte zu beschaffen; sogenannte Volksempfänger scheiden aus.<<

13.03.1946

UdSSR: Stalin protestiert am 13. März 1946 in der Prawda gegen Churchills antisowjetische Politik und Churchills Rede vom 5. März 1946 in Fulton (x068/272): >>Es sei doch eigentlich nur ein geringer Unterschied, ob man, wie Hitler, die Hegemonie der Welt für die "arische" Rasse beanspruche oder für die "englischsprechenden" Völker. ...<<

Stalin vergleicht Churchill nicht nur mit Hitler, sondern er bezeichnet ihn außerdem als "Hetzer des 3. Weltkrieges" (x111/145).

15.03.1946

WBZ: In Bremen wird am 15. März 1946 der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt. Alle deutschen Erwachsenen müssen den Film über die Greuel in den NS-Konzentrationslagern ansehen. Es finden täglich 7 Vorstellungen statt.

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. März 1946 (x111/145): >>Nach Frankreich 155.000 t, nach Belgien 175.000 t, in die Niederlande 98.000 t, nach Dänemark 125.000 t, nach Norwegen 45.000 t und nach Luxemburg 113.000 t.<<

16.03.1946

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 16. März 1946 (x095/42-43): >>... Das deutsche Volk ist seelisch und materiell in einer Tiefe angelangt, die Schrecken erregend ist. Es wird einer sehr langen, sehr mühsamen und sehr planmäßigen Aufbauarbeit bedürfen, die natürlich in erster Linie vom deutschen Volk selbst geleistet werden muß, bei der es aber der Hilfe anderer Nationen bedarf. ...

USA kennt Europa nicht. Ich stand mit den Offizieren der amerikanischen Besatzung hier ganz ausgezeichnet und habe das immer wieder erfahren müssen, daß sie Europa nicht kennen.

Daher ist USA auch geneigt, sich nicht für europäische Angelegenheiten zu interessieren. Und doch ist das ganz falsch. Wenn die europäische Kultur, die seit 30 Jahren schwer gelitten hat, ganz zugrunde geht, so wird das auch für USA von großer Bedeutung sein.

Die Gefahr ist groß. Asien steht an der Elbe. Nur ein wirtschaftlich und geistig gesundes Westeuropa unter Führung Englands und Frankreichs, ein Westeuropa, zu dem als wesentlicher Bestandteil der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands gehört, kann das weitere geistige und machtmäßige Vordringen Asiens aufhalten. ...<<

17.03.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 17. März 1946 über den Hunger im Westen (x124/144): >>Unter dem Druck des Hungers versuchen Tausende, aus der britischen Zone nach der amerikanischen überzuwechseln, so daß die Amerikaner die Grenzpatrouillen verstärkt haben und eine scharfe Kontrolle des Reiseverkehrs durchführen. ...<<

18.03.1946

Berlin: Theodor Heuss weist am 18. März 1946 in einem Vortrag darauf hin, daß der Natio-

nalsozialismus nicht aus Berlin stammt (x116/27): >>... Es ist ein Mißbrauch, dem mancher gerne huldigt. Im Westen und im Süden, auf Berlin, das so schwer gelitten hat, jetzt zu blicken und zu sagen, ja, die haben es ja doch gemacht, von dorthier kam das, was Nationalsozialismus und Militarismus ist.

Ich glaube die Berliner tun ganz recht daran, darauf aufmerksam zu machen, daß die Herren Hitler und Himmler und Goebbels und Ley teils von Bayern und vom Rheinland gekommen sind und in Berlin schließlich nur die Apparate übernommen haben.<<

20.03.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 20. März 1946 aus Bayern (x124/146): >>... Ich habe mich in letzter Zeit ein wenig umgesehen. Überall trifft man Menschen, die mit Gelassenheit und gutem Willen unser so wenig aussichtreiches Schicksal auf sich nehmen.

Die Jungen denken immer noch in den Kategorien des Krieges, andere haben sie ja nicht kennen gelernt.

Die Alten gehen den Weg des langatmigen zähen Verhandeln.

Wie wir wieder Herr im eigenen Hause werden, weiß niemand, vielleicht am ehesten dadurch, daß jeder für sich und die Nächsten so weitgehend wie möglich die Probleme zu lösen sucht. Aber wie eng die Schranken uns dabei gesetzt werden, erfahren wir Tag für Tag.<<

21.03.1946

Polen: Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 21. März 1946 einen Runderlaß betreffend die Bildung und Organisation der Städtischen Liegenschaftsverwaltungen (x003/139-141): >>Durch Verordnung des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete ... vom 25. Februar 1946 wurde die Übertragung der Verwaltung der verlassenen und ehemals deutschen Liegenschaften an die Stadt- und Landgemeinden angeordnet.

Im Zusammenhang mit dieser Verordnung ersuche ich die Bezirksbevollmächtigten der Regierung, die einzelnen Selbstverwaltungskörperschaften anzuhalten, zur Erfüllung dieser Aufgaben Kommunalunternehmen unter dem Namen "Städtische Liegenschaftsverwaltung" auf Grund der nachstehenden Organisationsrichtlinien zu bilden:

1. Zum Aufgabenbereich dieser Unternehmen gehört die Verwaltung:

- a) der Wohngrundstücke, die Eigentum der Gemeinde sind und dem Unternehmen (Städtische Liegenschaftsverwaltung) von der Gemeinde übertragen wurden,
- b) von ehemals deutschen Liegenschaften, die gemäß der oben erwähnten Verordnung des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete den Gemeinden zur Verwaltung übertragen wurden,
- c) von verlassenen Vermögen, die wie oben übertragen wurden, ...

3. An der Spitze des Unternehmens steht ein Direktor, der von der Stadtverwaltung berufen wird. ... Der Direktor handelt auf Grund einer von der Stadtverwaltung erteilten schriftlichen Vollmacht, durch welche er zur Verwaltung der Grundstücke und zur Vertretung allen Behörden, Amtsstellen, Gerichten und dritten Personen gegenüber ermächtigt ist, sowie dazu:

- a) alles zu unternehmen, um die Häuser in einem gebrauchsfähigen Zustand zu erhalten,
- b) Versicherungsverträge abzuschließen und zu ändern,
- c) Mietzinsen einzukassieren,
- d) Pacht und Mietverträge abzuschließen und zu ändern, ...

Die Städtische Liegenschaftsverwaltung darf selbst nur solche Liegenschaften verwalten, die vollkommen rentabel sind.

Alle Einfamilienhäuser, kleine Mehrfamilienhäuser sowie Wirtschaftsgebäude sind zu verpachten. ...

Bei der Verpachtung ist der Vorrang einzuräumen:

- a) Personen, die einen Entschädigungsbescheid des Staatlichen Repatriierungsamtes besitzen,

b) Teilnehmern der Unabhängigkeitskämpfe und ehemaligen Insassen von deutschen Konzentrationslagern und politischen Gefängnissen,

c) Personen, die Entschädigungsbescheide besitzen, aus welchen hervorgeht, daß ihre Häuser in der Hauptstadt Warschau völlig zerstört wurden. ...

Liegenschaften dürfen nur an Personen verpachtet werden, die durch behördliche Bescheinigungen ihre Eigenschaft als ständiger Ansiedler bzw. ihre ständige Beschäftigung am Pachtort glaubhaft nachweisen. ...<<

22.03.1946

Berlin: In allen Kinos des US-Sektors wird am 22. März 1946 der nordamerikanische Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt, um über die NS-Verbrechen in den Konzentrationslagern aufzuklären.

WBZ: Arno Scholz (Chefredakteur der britisch-deutschen Zeitung "Telegraf") schreibt am 22. März 1946 über die Ziele der neuen Zeitung "Telegraf" (x111/147): >>... Wir erstreben die Wahrung der deutschen Einheit, den Fortfall der Zonengrenzen, eine sozialistische Planwirtschaft, die Erneuerung unseres Volkes im physischen wie im ethischen Sinne, Menschenrechte und Menschlichkeit.<<

24.03.1946

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 24. März 1946 während einer Rede in der Kölner Universität (x111/147-148): >>... Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. ...

Die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. ...

Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich war auch immer Europäer und habe als solcher gefühlt.<<

Polen: Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 24. März 1946 einen Runderlaß über die Durchführung der Erfassung des ehemals deutschen beweglichen Eigentums (x003/142-154): >>... § 1 Gegenstand der Erfassung ist das ehemals deutsche bewegliche Vermögen, das sich befindet:

a) in privaten Räumen;

b) in Dienstwohnungen, ...

c) in Handels-, Handwerks- und Gewerbeunternehmen, sofern diese von Privatpersonen betrieben werden, ...

In noch von Deutschen benutzten Wohnungen erfolgt die Erfassung des beweglichen Vermögens durch die Liquidationsämter erst nach der Aussiedlung der Deutschen. ...

In Wohnungen, die noch gemeinsam von Deutschen und Polen benutzt werden, gilt der Pole als Besitzer allen beweglichen Vermögens, er ist auch verpflichtet, das Erfassungsformular (für das ehemals deutsche bewegliche Eigentum) auszufüllen. ...

§ 9 Als ehemals deutsches bewegliches Vermögen gelten grundsätzlich alle beweglichen Sachen, die sich gegenwärtig innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete befinden. ...

§ 10 Im Erfassungsformular (Muster Nr. 1) ist grundsätzlich alles in der betreffenden Wohnung vorhandene bewegliche Vermögen aufzuführen. ...

§ 11 In den Formularen brauchen nicht aufgeführt zu werden:

1. Tisch- und Bettwäsche, wenn sie das notwendige Minimum der benutzenden Familie nicht überschreiten,

2. Küchen- und Tischgeschirr, wenn es nicht komplett ist,

3. kleinere Hausratgegenstände ohne größeren Wert,

4. kleinere Dekorationsstücke auf Tischen, in Schränken und an den Wänden,

5. andere Gegenstände, deren Gebrauchswert so unbedeutend ist, daß es unzweckmäßig ist,

sie aufzuführen oder in die Magazine der Liquidationsämter zu überführen.

§ 12 In Erfassungsformularen für Unternehmen des Handwerks oder anderer ... Gewerbe sind aufzuführen:

a) die gesamte Einrichtung der Arbeitsstätte, b) vorhandene Warenbestände mit genauer Bezeichnung, Art, Gewicht oder Maßen der Waren.

§ 17 Um festzustellen, ob die Besitzer von ehemals deutschem beweglichem Vermögen die Formulare dem tatsächlichen Stande entsprechend ausgefüllt haben, führen die Liquidationsämter überraschend Kontrollen durch und stellen dabei fest:

a) ob alle in der betreffenden Wohnung vorhandenen Gegenstände im Formular aufgeführt sind,

b) ob der Schätzwert entsprechend den geltenden Richtlinien angegeben wurde,

c) ob der Besitzer nicht wissentlich erfassungspflichtige Gegenstände verheimlicht hat. ...

Die überraschenden Kontrollen müssen von einem verantwortlichen Beamten des Liquidationsamtes im Beisein von 2 Vertretern des öffentlichen Lebens durchgeführt und außer auf die Wohnung selbst auch auf den Dachboden und Keller ausgedehnt werden.

Belehrung:

... Die Nichterfüllung der Erfassungspflicht bewirkt:

1. den Verlust der Berechtigung, das Eigentum an den verheimlichten ehemals deutschen Gegenstände zu erwerben,

2. die Einziehung und den Abtransport der Sachen ins Magazin auf Kosten des (polnischen) Besitzers und

3. die strafrechtliche Verantwortung, die bis zu 5 Jahren Gefängnis und 200.000 Zloty Geldstrafe vorsieht. ...

Bekanntmachung:

... Auf Grund dieser Erfassung wird das Eigentum ... nach Entrichtung der von den Kommissionen bei den Liquidationsämtern festgesetzten Preise übertragen.

Ich fordere daher alle Besitzer von ehemals deutschem beweglichen Vermögen auf, dieses ... durch Einreichung der vom Besitzer wahrheitsgemäß und entsprechend der beigefügten Belehrung ausgefüllten Erfassungsformulare anzumelden. ...

Als einziger Beweis für den legalen Besitz von ehemals deutschen Gegenständen nach Ablauf der für die Durchführung der Erfassung festgesetzten Frist gilt die Kopie des Erfassungsformulars mit der Bescheinigung der Einreichung des Originals. ...<<